

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2022 / Ausgabe 155 – 11. November 2022



Migration

Genderwahn

Delegationsreise Taiwan

Drogenpolitik

Heimische Rohstoffgewinnung

Ausblick

DEUTSCHLAND VOR DEM KRISENWINTER!

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDE,

Krieg, Energiekrise, Inflation - und keine Aussicht auf Besserung. Im Gegenteil: Im nächsten Jahr steuert Deutschland auf eine Rezession zu. Gleichzeitig wird die Inflation hoch bleiben, was angesichts der hohen Energiepreise unvermeidbar ist. Die Ampel hat aber noch immer kein schlüssiges Gesamtkonzept. Substanzielle, zielgerichtete, unbürokratische und vor allem zügige Entlastung für die Bürger und Unternehmen im Lande – leider Fehlanzeige.

Unterdessen hat Russland mit einer Ausweitung seiner Raketenangriffe auf ukrainische Städte und die kritische Infrastruktur erneut an der Eskalationsschraube gedreht. Glücklicherweise hilft deutsche Spitzentechnologie in Form des IRIS-T SLM Luftverteidigungssystemes jetzt dabei, die ukrainische Bevölkerung vor Putins Killerdrohnen und Raketen zu schützen. Auch mein altes Waffensystem GEPARD (das war in meiner Bundeswehrzeit in Lorch unser Flak-Panzer) leistet gute Dienste in der Flugabwehr zum Schutz von ziviler Infrastruktur und Kampfverbänden in der Bewegung. Leider ist auch in Deutschland mit Angriffen auf Versorgungsnetze zu rechnen. Das haben die Lecks in den Nordstream-Pipelines und die Sabotage am Bahn-Funknetz gezeigt. Wir müssen darum endlich aufwachen, den Schutz der Infrastruktur verbessern und unsere Sicherheitsbehörden nachhaltig stärken.

Aber während der Bundeskanzler und sein Kanzleramtsminister von „Doppel-Wumms“ und „V2-Syndrom“ schwadronieren, haben die übrigen Minister gänzlich andere Themen auf der Agenda. Lesen Sie darum in dieser Ausgabe meines Hauptstadtbriefes, wie das Bundesfamilienministerium Kinder mit Pubertätsblockern ködert, die Innenministerin ein Amnestie- und Einbürgerungsgesetz für abgelehnte, ausreispflichtige Asylanten auf den Weg bringt und Gesundheits- und Justizministerium sich daran machen, Deutschland in ein Kifferparadies zu verwandeln. Derweil arbeiten die Grünen von der unsäglichen „Kulturministerin“ Claudia Roth bis zur Kreuzabhängigerin Baerbock daran, unsere christliche Tradition auszumerzen.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



MIGRATION

Angesichts des Regierungschas im Jahr eins der Ampel könnte man meinen, die Bundesregierung habe wahrlich genug Schaden in der Innenpolitik angerichtet. Doch weit gefehlt, denn nun soll der im Koalitionsvertrag angedrohte „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik vollzogen werden. Was das bedeutet? Leider nichts Gutes! Statt konsequenter Rückführungen in die Heimatländer, plant die Ampel ein sogenanntes „Chancen-Aufenthaltsrecht“ für abgelehnte Asylbewerber. Konkret bedeutet dies, dass Ausreisepflichtige, die sich auf verschiedenste Arten der Abschiebung entziehen konnten, nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ erhalten. Das gilt auch für Personen, die nicht an ihrer Identitätsklärung mitgewirkt, mithin ihre wahre Herkunft bewusst verschleiert haben oder sich nicht in den Arbeitsmarkt integriert haben. So gewährt die Ampel Mitwirkungsverweigerern und Identitätstäuschern eine Amnestie und leistet der weiteren Verwischung von Asyl und Migration Vorschub! Angesichts der aktuell wieder anwachsenden Migrationsströme aus Afrika und dem Nahen Osten, müsste die Bundesregierung eigentlich ein klares Stopp-Signal gegen die irreguläre Migration setzen. Stattdessen setzt sie einen fatalen deutschen Sonderweg fort und schafft zusätzliche Anreize für illegale Migration in unser Land. Die Botschaft ist: Egal ob ein Asylgrund besteht, egal ob berufliche Qualifikationen vorhanden sind – am Ende darf jeder in Deutschland bleiben.

Das ist logisch, folgt man der „Migration ist Menschenrecht-Keiner ist illegal“-Ideologie der Grünen und der Linken in der SPD. Die Bedürfnisse der angestammten und arbeitenden Bevölkerung sind denen fremd und egal, die FDP spielt das Spiel wegen einiger Ministerposten in der Bundesregierung mit, zum Entsetzen vieler ihrer Wähler an der Basis.

GENDERIDEOLOGIE DER AMPEL – DAS MUSS AUFHÖREN!

Ein Höhepunkt linksgelber Regierungspolitik ist sicherlich das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz, nach der jeder seinen Geschlechtseintrag einmal im Jahr wechseln darf. Irrsinn wird hier zur Staatsräson erhoben.

Wenigstens, so kann man dagegenhalten, wird das Selbstbestimmungsgesetz nur Verwaltungschaos, Sicherheitsprobleme und in Recht gegossene Faktenfeindlichkeit zur Folge haben. Deutlich schwerwiegender sind die Gedankenspiele der Regierung Scholz zur Reform des Transsexuellengesetzes. Um einen Geschmack von der linksgelben Gender-Ideologie zu geben, hier ein Text, der so auf der Homepage des Bundesfamilienministeriums stand: „Bist du noch sehr jung? Und bist du noch nicht in der Pubertät? Dann kannst du Pubertätsblocker nehmen. Diese Medikamente sorgen dafür, dass du nicht in die Pubertät kommst.“ Jetzt heißt es nun vorsichtiger: „Bist du noch sehr jung? Und bist du noch nicht in der Pubertät? So kannst du deinen

Arzt/deine Ärztin fragen, ob dir Pubertätsblocker vielleicht helfen könnten. Diese Medikamente sorgen dafür, dass du nicht in die Pubertät kommst. Das heißt: Dein Körper entwickelt sich erst mal nicht weiter. Weder in Richtung Frau. Noch in Richtung Mann. So hast du mehr Zeit zum Nachdenken. Und du kannst in Ruhe überlegen: Welcher Körper passt zu mir?“ Es muss eindeutig klar sein: Kinder und Jugendliche sind keine Versuchskaninchen. Als CDU-/CSU-Bundestagsfraktion haben wir die Bundesregierung bereits im April dieses Jahres darauf hingewiesen, dass der propagandistische Infotext zu Pubertätsblockern für Kinder irritiert. Eine brauchbare Antwort auf die schriftliche Frage, auf welcher wissenschaftlich-medizinischen Basis die Tipps für die Kinder und Jugendlichen beruhen, konnte das Familienministerium nicht geben. Pubertätshemmende Präparate sind starke Medikamente. Es ist sehr wenig bekannt über die Folgen. Und das wenige, was erforscht ist, ist mehr als beunruhigend. Führende Mediziner und Universitätskliniken in Deutschland und ganz Europa warnen deshalb eindringlich und haben die Verabreichung gestoppt. Aus Unions-sicht ist das fahrlässiges und unverantwortliches Regierungshandeln an unseren Kindern. Es ist unfassbar, dass das sowas erst die BILD-Zeitung bringen muss, damit Frau Paus reagiert und die Seiten überarbeiten lässt.

DELEGATIONSREISE DER DEUTSCH-TAIWANISCHEN PARLAMANTARIERGRUPPE

Anfang Oktober besuchte die Deutsch-Taiwanische Parlamentariergruppe (offiziell Freundeskreis Berlin-Taipeh) als erste Bundestagsdelegation seit 2019 Taiwan. Seit 2010 bin ich jetzt schon Vorsitzender dieser Gruppe und auch in dieser Legislaturperiode habe ich den Vorsitz dieser besonderen Parlamentariergruppe wieder inne. Als der Vorsitz der Gruppe nach der Bundestagswahl 2009, aufgrund des Wegganges meines Vorgängers verwaist war, habe ich das Amt gerne übernommen und bis heute habe ich diese Entscheidung nicht bereut. Als Deutsch-Taiwanische Parlamentariergruppe, ob wir nun so heißen dürfen oder nicht, pflegen wir seit Jahren die außenpolitischen Beziehungen zum taiwanischen Parlament. Dazu finden in unregelmäßigen Abständen Delegationsreisen nach Taiwan statt. Ebenso empfangen wir Abordnungen des taiwanischen Parlaments bei uns im Bundestag. Bedingt durch die Corona-Pandemie fand die letzte Delegationsreise unserer Parlamentariergruppe im Februar 2019 statt.

Ziel der jüngsten Reise im Oktober, an der alle sechs im Bundestag vertretenen Fraktionen teilgenommen haben, waren Begegnungen mit Parlamentariern und Regierungsvertretern sowie Vertretern der Zivilgesellschaft. Unsere Delegation wurde unter anderem von Staatspräsidentin Tsai Ing-wen, Vizepräsident Lai Ching-te, Außenminister Joseph Wu, Parlamentschef You Si-kun und dem Vorsitzenden der Oppositionspartei Eric

Chu herzlich empfangen. Eine besondere Rolle bei den Gesprächen spielte natürlich auch die angespannte Sicherheitslage angesichts der Bedrohung durch die Volksrepublik China.

Die aggressive Rhetorik aus Peking hat sich seit der Neujahrsansprache von Xi Jinping im Jahr 2019 immer weiter verschärft. Xi Jinping hat mehrfach deutlich gemacht, dass die „Wiedervereinigung“ Chinas mit Taiwan innerhalb einer Generation abgeschlossen werden muss, notfalls mit militärischer Gewalt. Die Verletzungen der taiwanischen Luftüberwachungszone und auch die Manöver nach dem Besuch von Nancy Pelosi hatten eine neue Qualität. Dennoch: Taiwan lebt mit dieser Situation schon seit Jahren und Peking formuliert seine Drohungen mal drastischer und mal weniger drastisch. Zurzeit überwiegen eher die drastischen Formulierungen, so auch wieder jüngst beim Parteitag der Peking Kommunisten.

Nach dem Wirbel um den Besuch der US-Politikerin Nancy Pelosi im August war klar, dass auch unser Besuch diesmal stärker im Fokus der medialen Anteilnahme stehen wird. Durch das aufgeheizte Setting und die Überreaktion der Regierung in Peking war die Situation zugespitzter als bei Besuchen in der Vergangenheit. So wurden wir von rotchinesischer Seite aufgefordert, den Besuch in Taiwan unverzüglich abubrechen. Außerdem hat die chinesische Botschaft der Kommunisten in Berlin beim Auswärtigen Amt interveniert. Wir haben wahrgenommen, dass es nicht jedermann gefallen hat, dass wir unsere Freunde in Taiwan besucht haben. Aber

das hat uns nicht gekümmert. Von solchen haltlosen Drohungen darf man sich keinesfalls abhalten lassen.

Mit unserem Besuch haben wir gezeigt, dass freiheitliche Demokratien zusammenstehen. Der Bundestag entscheidet selbst über seine Beziehungen zu befreundeten Parlamenten. Besuche unter frei gewählten Parlamentariern dürfen weder als Vorwand für ein säbelrasselndes Verhalten der chinesischen Kommunisten, noch als Entschuldigung für eine Verletzung von Taiwans See- und Luftraum dienen. Denn nicht die friedliche Reise zu einer Demokratie ist das Problem, sondern die völlige Überreaktion einer nervösen Diktatur, die auf Worte freigewählter Abgeordneter mit Raketen und militärischer Aggression reagiert. Taiwans Volk kann stolz darauf sein, was es aufgebaut hat: Eine funktionierende Demokratie, ein Leuchtturm der Freiheit in Asien. Der Inselstaat ist der lebende Beweis dafür, dass auch Chinesen in Demokratie leben und diese gut gestalten können. Hinzu kommt der wirtschaftliche Erfolg. Als Vorsitzender unserer Parlamentariergruppe werde ich mich weiterhin darauf konzentrieren, wie wir aus dem Parlament heraus die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen können. Die Taiwaner haben absolute berechnete Anliegen, die nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Weltgemeinschaft von Bedeutung sind. Was könnte Taiwan zum Beispiel im Rahmen der WHO dazu beitragen, die Weltgemeinschaft insgesamt besser auf die nächste Pandemie vorzubereiten? Oder auch das Thema Luftsicherheit. Natürlich gehört Taiwan in die internationale

Luftverkehrsorganisation ICAO. Die Möglichkeiten eines Parlaments sind da zwar begrenzt, dennoch versuchen wir unseren Beitrag zu leisten.

DEUTSCHLAND AUF DEM WEG ZUM NARCO-STAAT

Die linksgrünen Fraktionen im Bundestag haben so manche Vorschläge parat, bei dem sich der normal denkende Mensch fragt, wie man auf solche Schnapsideen kommen kann. Ein besonders hartnäckiges Ziel derjenigen Fraktionen, die mit ihren kognitiven Ressourcen eigentlich besonders sparsam umgehen sollten, ist die Cannabis-Legalisierung. Wie üblich ertönt das „Hört auf die Wissenschaft“ nur, wenn es den Linken ins Konzept passt. Aber was sagt denn die Wissenschaft?

Studien haben gezeigt, dass Konzentrationsfähigkeit, Impulskontrolle und Problemlösungskompetenz bei Kiffern stark nachlassen. Je mehr gekifft wird, desto schlimmer wird es. Besonders stark betroffen sind Jugendliche. Doch damit nicht genug. Kiffen erhöht das Psychoserisiko! Interessanterweise zeigte sich dieser Effekt besonders deutlich in den Drogenbabylons London und Amsterdam. Darüber hinaus bestehen ernstzunehmende Befürchtungen, dass Cannabis-Konsum den Intelligenzquotienten um bis zu acht Punkte senkt!

Linke sind traditionell eine Gefahr für Freiheit und Wirtschaft. Doch nun sind sie auch eine Gefahr für die Gesundheit des Staatsvolks. Welche Motivation hinter den Legalisierungsbestrebungen liegt, darüber lässt sich nur mutmaßen. Sind es

nostalgische Erinnerungen an die eigene 68er-Jugend? Oder vielleicht vernebelt der Drogenkonsum einen neutralen Blick auf die Fakten? Wir erinnern uns, Kiffen macht dumm und verringert die Fähigkeit zur Impulskontrolle. Aus Cannabis-Konsumenten würden gute Sozialisten und gute Sozialisten machen Politik, wie sie sich in der Frage der Cannabis-Legalisierung zeigt. Ein in sich geschlossenes System. Entwicklungen wie in den Niederlanden, wo die Drogenmafia floriert und auch schon öffentliche „Hinrichtungen“ vollzogen hat, nimmt die Ampel billigend in Kauf.

Die Union wird weiterhin ihr Nein zur Cannabis-Legalisierung aufrechterhalten. In den schwierigen Zeiten, die auf unser Land zukommen, ist es wichtig, seine politischen Ziele ordentlich zu priorisieren. Das heißt, militärische und wirtschaftliche Sicherheit zuerst, kritische Infrastrukturen schützen und stärken ist ebenfalls ein Muss. Modethemen, die einem infantilisierten Politikverständnis entspringen, können gern in der Ablage P entsorgt werden.

HEIMISCHE ROHSTOFF- GEWINNUNG STÄRKEN!

Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen ist vor allem für unsere gewerbliche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat dieses Thema an Bedeutung gewonnen. Die Ampel hat im Koalitionsvertrag verbesserte Rahmenbedingungen für die

Erkundung heimischer Rohstoffe angekündigt, bisher aber keine Initiative in diesem Bereich auf den Weg gebracht.

Während andere Staaten Tempo bei der Sicherung von internationalen Rohstoffvorkommen machen und die heimische Exploration umfassend unterstützen, zeigt die Bundesregierung insbesondere bei der heimischen Rohstoffgewinnung zu wenig Engagement. Zur Sicherung der Rohstoffversorgung unseres Landes müssen alle Optionen auf den Tisch, und zwar schnell!

Bei wichtigen Industriemineralen wie z.B. Kali- und Steinsalz ist Deutschland in der komfortablen Situation, die Nachfrage hierzulande durch die heimische Produktion decken zu können. Bei Energierohstoffen und Metallen ist die deutsche Wirtschaft hingegen in weiten Teilen fast vollständig abhängig vom Ausland. Bei kritischen mineralischen Rohstoffen wie seltenen Erden ist die Abhängigkeit, insbesondere von China, bereits jetzt schon groß.

Der von Russland entfesselte Krieg in der Ukraine und die Einstellung der Gaslieferungen haben Deutschlands Verwundbarkeit gezeigt und uns schmerzlich vor Augen geführt, wie gefährlich es ist, sich zu stark von einem Land abhängig machen. Putin setzt Energie bedenkenlos als Waffe ein und ebenso würden die Kommunisten in Peking nicht zögern, ihre wirtschaftliche Macht gegenüber deutschen Unternehmen auszuspielen. Rotchina übt jetzt schon bei jeder Gelegenheit massiven Druck auf Regierungen und Firmen aus, wenn den Machthabern in Peking etwas nicht ge-

fällt. Zudem festigte China seine Führungsposition nicht nur über Förderung und Weiterverarbeitung eigener Rohstoffe, sondern sicherte sich auch den Zugang in anderen Ländern. Ob Lithium aus Salzseen in Südamerika oder Kobalt aus der Demokratischen Republik Kongo: die Weiterverarbeitung läuft zu großen Teilen in China.

Der Wettlauf um strategisch wichtige Rohstoffe ist in vollem Gang. Dabei drohen Deutschland und Europa im Wettbewerb mit anderen Ländern wichtige Rohstoffquellen zu verlieren. Energiewende und Digitalisierung steigern die Nachfrage nach Rohstoffen drastisch und gleichzeitig verschärft der Ukraine-Krieg die bereits vorhandenen Lieferengpässe. Auch der links-gelben Ampel muss klar sein, dass es ohne den Einsatz von vielfältigen Rohstoffen keine Produktion, keine Gebäude und keinen Transport gibt. Wenn die Ampel hier nicht bald initiativ wird, haben wir Stillstand in unserem ganzen Land.

In meiner Rede zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken“ habe die Bundesregierung daher aufgefordert, endlich eine Rohstoffstrategie vorzulegen, die Antworten auf die neue weltpolitische Lage gibt und wirtschaftliche und politische Risiken umfassend berücksichtigt. Wer sich meinen Redebeitrag angucken möchte, findet ihn hier: <https://www.bundestag.de/media-thek?videoid=7547576#url=L21lZGlhdGhla292>

AUSBLICK

Langsam aber stetig neigt sich 2022 dem Ende zu. Auch im vierten Quartal wird sich die politische und wirtschaftliche Großwetterlage nicht beruhigen. In diesen Wochen erleben wir im Monatstakt weltweit das gleiche Szenario: Die Notenbanken erhöhen die Leitzinsen, oft sogar drastisch, die Aktienmärkte verfallen in Panik, und Wirtschaftsexperten warnen vor dem „Risiko“ einer Rezession. Die Rezession, also die Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ist aber die logische und auch notwendige Folge schnell ansteigender Inflationsraten.

Um es deutlich zu machen, niemand wünscht sich eine Rezession. Sie kostet die Bürger Kaufkraft, treibt Unternehmen in den Konkurs und vernichtet Arbeitsplätze. Dennoch müssen Anhänger der Marktwirtschaft in Wirtschaft, Regierung und Wissenschaft mehr Mut entwickeln, die jetzt nötigen Schritte einschließlich einer aufkommenden Rezession als Teil der Heilung und nicht als Teil eines unaufhaltsamen Abstiegs darzustellen.

Aktuell sehen wir alle, dass die Preise zu schnell steigen. Energiepreise, Lieferketten, Krieg, Überhitzung am Bau, importierte Inflation aus den USA, das alles hat sich zusammengebraut. Preise werden nur sinken, wenn der Markt sie nicht mehr hergibt. Hohe Leitzinsen machen

Kredite und damit Investitionen teurer und sorgen dafür, dass weniger gekauft wird. So können die Preise sinken.

Wir dürfen darum nicht die Augen davor schließen, dass in marktwirtschaftlichen Systemen Rezessionen ein notwendiges Übel sind. Sie dienen dazu, den Markt zu bereinigen und Fehlinvestitionen und Überkapazitäten möglichst schnell zu beseitigen. Wir wissen mit diesen Entwicklungen umzugehen und können dies historisch auch belegen.

Sicher, Rezessionen sind nicht attraktiv. Aber in einer Marktwirtschaft muss man die Institutionen in Politik und Währung daran messen, ob sie in der Lage sind, sie kontrolliert entstehen zu lassen, um nach dem Fieber schnell zu alter Stärke zu kommen. Gerade in von so vielen Herausforderungen aufgewühlten Demokratien ist es wichtig, diese Effekte auch gegenüber jedermann zu erklären. Da die EZB erst auf dem falschen Pfad war und die Bundesregierung eher in einer Rhetorik des Verdrängens verharrte, führen die aktuellen Ereignisse zu einem Verlust von Vertrauen in die Marktwirtschaft. Das Gegenteil wäre besser.

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>